

Autofahrer bei Unfall schwer verletzt

Pkw kommt von Straße ab und überschlägt sich

LOHMAR. Bei Kellershohn ist es am Mittwochnachmittag gegen 14.15 Uhr zu einem Verkehrsunfall gekommen, bei dem ein Mann schwere Verletzungen erlitten hat. Nach GA-Informationen befuhr der Autofahrer den Kellershohner Weg bei Lohmar in Richtung Sülztal. Aus bislang unbekanntem Grund geriet der Wagen nach links von der Fahrbahn in einen tiefen Seitengraben und prallte gegen eine Böschung. Daraufhin überschlug sich das Fahrzeug und kam auf der rechten Fahrbahnseite zum Stehen.



Bei einem Unfall in Lohmar wurde ein Autofahrer verletzt. FOTO: CHRISTOF SCHMOLL

Zwei Frauen, die an der Unfallstelle vorbeikamen, schafften es zunächst nicht, die verbotene Fahrertür zu öffnen. Ein weiterer Ersthelfer vor Ort schaffte es schließlich, sie mit Gewalt zu öffnen. Zwischenzeitlich war die Feuerwehr durch das E-Call-System des Autos alarmiert worden. Bei Eintreffen der Rettungskräfte war der Fahrer bereits außerhalb des Fahrzeugs. Ein Notarzt betreute den Mann und der Rettungsdienst brachte ihn ins Krankenhaus. *km*

Einbruch in Grundschule

EITORF. Im Zeitraum zwischen Freitag, 12. Juli, 16.30 Uhr, und Montag, 15. Juli, 8 Uhr, ist in eine Grundschule an der Brückenstraße in Eitorf eingebrochen worden. Nach Angaben der Polizei öffneten Unbekannte vermutlich mit Gewalt ein Fenster im Erdgeschoss des Schulgebäudes und verschafften sich so Zugang zum Lehrerzimmer. Dort entwendeten sie ein Diensthandy und mehrere Süßigkeiten. Der Gesamtwert des Diebesguts wird auf einen dreistelligen Eurobetrag geschätzt. Wer Hinweise zu der Tat und/oder den Tätern geben kann, setzt sich bitte mit der Polizei unter ☎ 0 22 41 / 5 41 34 21 in Verbindung. *stl*

Sascha Lienesch aus Sankt Augustin ist Mitglied des Petitionsausschusses des Landtags und erklärt das Prozedere bei den Eingaben

VON INES BRESLER

RHEIN-SIEG-KREIS. Das Ansprechgremium für Bürger, die sich von Behörden benachteiligt fühlen, ist der Petitionsausschuss im Landtag NRW. Der Vorsitzende der CDU-Ratsfraktion in Sankt Augustin und Landtagsabgeordnete Sascha Lienesch ist Mitglied in diesem Gremium, an das sich Menschen wenden, weil sie keine Baugenehmigung bekommen haben oder keine dauerhafte Aufenthaltsgenehmigung. Auch bei Schulverweisen oder beamtenrechtlichen Fragen schreiben Bürgerinnen und Bürger an den Ausschuss. Petitionen können sowohl Beschwerden über die Entscheidungen von Behörden sein als auch Anträge zu landespolitischen Themen.

Das Petitionsrecht ist ein Jedermann-Grundrecht und gilt für alle Menschen – unabhängig von Staatsangehörigkeit oder Alter. Das heißt: Jede Bürgerin und jeder Bürger hat ein Recht darauf, dass die Petition entgegengenommen und sachlich geprüft wird. Zu diesem Recht gehört es auch, über das Ergebnis der Prüfung informiert zu werden. „Wir achten in erster Linie auf die Rechtmäßigkeit des Verfahrens“, erklärt Lienesch die Arbeit des Petitionsausschusses. Wenn eine Behörde rechtmäßig gehandelt hat, müsse man sehen, ob der Ermessensspielraum ausgeschöpft worden ist. „Darauf haben die Petenten allerdings keinen Rechtsanspruch“, macht er deutlich.

Bei etwa einem Drittel der Petitionen können die Abgeordneten dazu beitragen, dass Probleme für Betroffene gelöst werden. Zum Beispiel nach der verheerenden Flut 2021: Lienesch berichtet von Einwohnern aus Lohmar-Heppenberg. Das Ausmaß der Schäden war auch in Lohmar enorm, und viele Menschen waren persönlich stark betroffen. Anders als in anderen Kommunen hat die Katastrophe in Lohmar kein Menschenleben gefordert. Zahlreiche Betroffene aus der Kommune wandten sich an die Wiederaufbauhilfe und erhielten Unterstützung, sagt Lienesch.

Er berichtet von einem Petenten, der zunächst kein Geld bekam, weil



An den Petitionsausschuss im Landtag können sich alle Menschen in NRW mit ihren Anliegen wenden.

FOTO: DPA

er nicht alle nötigen Unterlagen vorweisen konnte. Lienesch vereinbarte einen Erörterungstermin vor Ort mit einem Vertreter der Bezirksregierung Köln und dem Betroffenen. „Klugerweise hatte der Herr seine Ordner mit zum Termin gebracht“, so Lienesch. Der Vertreter der Bezirksregierung sah die Ordner durch und fand die Unterlagen, die er für die Bewilligung brauchte. Der Betroffene musste daraufhin nur noch eine Versicherungsbekanntmachung einreichen und bekam 3500 Euro Wiederaufbauhilfe. „Dabei hatte der Betroffene schon fast aufgegeben“, sagt Lienesch. Weil durch die Wiederaufbauhilfe auch vorbeugende Maßnahmen förderfähig sind, konnte der Lohmarer mit dem Geld ein Flutschott einbauen lassen. Der Abgeordnete räumt auch mit einigen Missverständnissen zum Thema Petitionen auf. „Es ist keine Unterschriftenaktion notwendig, einzelne Bürger können sich mit ihren Anliegen an uns wenden“, so Lienesch. Auch sei der größte Teil der Petitionen nicht politisch, sondern beziehe sich auf konkrete Probleme des Einzelnen. Dennoch: „Jeder kann sich an den Landtag wenden und fordern, dass ein Gesetz geändert wird.“ Die For-

„Es ist keine Unterschriftenaktion notwendig, einzelne Bürger können sich mit ihren Anliegen an uns wenden“

Sascha Lienesch
CDU-Landtagsabgeordneter
und Vorsitzender der Ratsfraktion
in Sankt Augustin

derung werde dann an den entsprechenden Ausschuss weitergegeben, in dem die Mitglieder sich fachlich damit auseinandersetzen. Er erklärt den Ablauf: Die Petition geht an den Landtag, der schickt sie – mit einer Bitte um Stellungnahme – an das zuständige Ministerium. Das wiederum fordert Stellungnahmen und Unterlagen der betroffenen Behörden an. „Die sind verpflichtet zu antworten“, sagt Lienesch. Das Ministerium prüfe vor, das Landtagsreferat werte das Material aus und mache einen Beschlussvorschlag. Im Ausschuss werde einstimmig darüber entschieden. „Wir arbeiten nach dem Berichtserstatter-Prinzip“, sagt Lienesch. Die Petitionen werden unter den Ausschussmitgliedern aufgeteilt, die vorher aber Wünsche zu Themen und Regionen angeben können. Etwa

7000 Petitionen bearbeiten die Abgeordneten im Jahr. „Bei rund einem Drittel können wir den Betroffenen helfen“, sagt Lienesch. Meist finde dazu ein Erörterungstermin im Landtag statt, zu dem Petenten eingeladen werden und Behördenvertreter kommen müssen. „Es ist wie eine Güteverhandlung, aber ohne Richterspruch“, erklärt der Abgeordnete und sagt: „Unser scharfes Schwert ist das Gespräch.“

Lienesch zufolge laufen diese Treffen in der Regel sehr konstruktiv ab. Betroffene und Behörden tauschen sich unter Moderation der Abgeordneten und Referenten aus und erläutern ihre Sichtweisen. „Das heißt nicht, dass alle zufrieden rausgehen“, räumt der Abgeordnete ein. Es gebe Vorschriften, die eingehalten werden müssen – und oft erreiche man eben

auch nichts. Auch gebe es bei dem parlamentarischen Verfahren keine Art der Revision. Der Abgeordnete aus Sankt Augustin ist merklich angetan von seiner Ausschussarbeit: „Es ist Demokratiepflege im Sinne des Petenten“, findet er. Selbst, wenn die Bürgerinnen und Bürger nicht bekommen, was sie wollen, so werden sie zumindest gehört. „Bei zwei Dritteln der Petitionen können wir nicht helfen“, macht er deutlich.

Doch der Petent gehe kein Risiko ein, denn der Rechtsweg bleibe offen. Er weist jedoch auch darauf hin, dass viele Angelegenheiten per Bundesgesetz geregelt sind und der Landtag keine Handlungsmöglichkeit habe, aber: „Als Service leiten wir eine Petition, mit der sich jemand an uns wendet, bei Bedarf an den Bundestag weiter – und umgekehrt.“

PETITIONSRECHT

Jeder kann sich an den Ausschuss wenden

Das Petitionsverfahren ist immer kostenfrei und ohne Anwaltszwang, betont Lienesch. Weil der Ausschuss seit seinem Bestehen nur einstimmig handelt, sind seine Beschlüsse nicht parteipolitisch geprägt. Die Verfahrensdauer beträgt in der Regel vier bis sechs Monate. Damit Petitionen nicht so lange ruhen, komme der

Ausschuss sogar zweimal in den Sommerferien zusammen. Jede und jeder kann eine Petition eingeben: als Brief, der die Erklärung der Petition sowie Namen, Adresse und Unterschrift der betroffenen Person enthalten muss, per E-Mail an petitionsausschuss@landtag.nrw oder als Eingabe in das Online-Formular auf der Seite www.landtag.nrw.de/home/petitionen/online-petition.html. bei



Sascha Lienesch sitzt für Siegburg, Sankt Augustin und Lohmar im Landtag und ist Mitglied im Petitionsausschuss. FOTO: PRIVAT

Viele Beschwerden über Bahnlärm

Der GA stellt Ortsvorsteherinnen und Ortsvorsteher an ihren Lieblingsorten vor. Diesmal Bernhard Müller vor dem Haus Buisdorf

VON INES BRESLER

SANKT AUGUSTIN. Bernhard Müller sitzt zunächst bei Cappuccino in Klein's Backstube an der Frankfurter Straße. Seit 2009 ist er Ortsvorsteher von Buisdorf. Damals trat er in große Fußstapfen: „Willi Schopp war eine Ikone, haben die Leute gesagt“, berichtet Müller. Die Stadt hat den Platz am Bürgerhaus 2013, den „Willi-Schopp-Platz“, nach ihm benannt. Dorthin führt der Spaziergang nach dem Kaffee. Das „Haus Buisdorf“ verbindet die Geschichte des früheren und des heutigen Ortsvorstehers. Mit einem Schild für Radfahrer, das zum Haus Buisdorf führte, begann Müllers politisches Engagement vor Ort.

„Ich fand den Wegweiser irritierend, denn das Haus Buisdorf ist kein Gasthaus zum Einkehren, man kann es nur mieten“, erklärt der 70-Jährige. Diesen Hinweis gab er bei einer Wahlveranstaltung an



Ortsvorsteher Bernhard Müller vor dem Haus Buisdorf. FOTO: INES BRESLER

Politiker weiter. Sie gewannen ihn als Beisitzer im Ortsverband und 2009 als Ortsvorsteher. Dem ehemaligen Polizeibeamten gefiel die Aussicht auf eine sinnvolle Aufgabe im Ruhestand und er nahm sie an.

Dabei kann er die Gesetzeskenntnisse, die er aus seinem Beruf mitbringt, einfließen lassen und als Mittler zwischen Bürgern und Verwaltung aufzutreten. Das sei eine dankbare Aufgabe, und selbst bei negativer

Antwort habe er noch nie Feindseligkeit der Bürger erlebt.

Auch der Ortsvorsteher selbst achtet darauf, dass in Buisdorf alles seine Ordnung hat. „Beim Spaziergang mit meiner Enkelin sind mir neulich vier Beschwerdepunkte aufgefallen“, berichtet er. Zum Beispiel umgekippte oder verkehrte Verkehrszeichen, Anwohner, die ihre Pflanzen auf den Gehweg wachsen lassen oder ein Grundstück, auf dem sich an einem schrottreifen Auto der Müll sammelt. Als pensionierter Polizist, der selbst Fortbildungen zu Umweltrecht gegeben hat, habe er einen Blick dafür.

Zu vermitteln versucht er etwa beim Thema Bahnlärm. Bei der vierten Runde des Lärmaktionsplans in Sankt Augustin habe es viele Beschwerden wegen der Lärmbelästigung durch den Bahnverkehr gegeben. Auch Müller selbst ist davon betroffen: „Als wir 1987 hier hingenommen, fuhren zwei oder drei Güterzüge am Tag.“ Heute seien es viel

mehr – und sie klingen, als führen sie durch sein Wohnzimmer. Müller weiß aber auch: Lärmschutzwände werden normalerweise bei Neubau oder Erweiterungsmaßnahmen

errichtet. Für das Lärmsanierungsprogramm an bestehenden Strecken stellt der Bund nur begrenzte Mittel zur Verfügung. „Die Strecken werden priorisiert nach Faktoren wie Anzahl der Züge und Güterzüge und Anzahl der betroffenen Anwohner.“ Dabei liege Buisdorf auf der Prioritätenliste leider sehr weit unten.

Doch auch für angenehmere Anwesenheiten ist der Ortsvorsteher zuständig. Das traditionelle Senio-

renfest war schon vor vielen Jahren zur Busreise geworden. Mit bis zu 100 Seniorinnen und Senioren veranstaltet Müller die Kaffeefahrten. „Aber seit der Pandemie sind es

weniger geworden“, bemerkt er. Mit den Seniorinnen und Senioren macht er einmal im Jahr einen Ausflug in die Umgebung. „Die Leute gehen am Rhein spazieren und genießen die Schifffahrt“, so Müller. Einmal war er mit der Gruppe im Heino

Café in Bad Münstereifel. „Heino war auch dort und hat allen die Hand gegeben“, erinnert sich der Ortsvorsteher. Und zum Abschied haben die Senioren ein Haribo-Konterfei des Sängers bekommen.

